

SVP des Kantons Zürich

Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66

Fax 044 217 77 65

E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



Zürich, 10. Februar 2015

Für eine freiheitliche, demokratische und unabhängige Schweiz

Hans-Ueli Vogt, Kantonsrat SVP, Zürich

Die Ständeratswahlen vom 18. Oktober 2015 bieten den Zürcher Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Gelegenheit, einen Vertreter in den Ständerat zu wählen, der für eine freiheitliche, demokratische und unabhängige Schweiz kämpft. Im Fall meiner Wahl werde ich mich im Ständerat mit all meinen Kräften für das Erfolgsmodell Schweiz einsetzen:

- gegen den Abbau der direkten Demokratie (der im Ständerat besonders unverblümt vorangetrieben wird) und für die Umsetzung von Volksentscheiden, weil dank der Mitsprache der Bürger Fehlentwicklungen im Staat und in der Politik korrigiert werden;
- für ein freies Unternehmertum und eine freie Marktwirtschaft: gegen ein Aktienrecht, das die Unternehmen immer mehr einengt; gegen eine immer stärkere Regulierung des Arbeitsmarktes; gegen eine Lohnpolizei in Unternehmen; gegen eine Banken- und Finanzmarktregulierung, die sich am unmündigen Kunden ausrichtet und das Bankengeschäft darum immer komplizierter und aufwendiger macht;
- gegen immer noch mehr und noch höhere Steuern (Erbsteuer, Energiesteuer, SRG-Steuer usw.), weil nur mit tiefen Steuern verhindert werden kann, dass der Staat immer noch mehr Aufgaben an sich reisst und sich mit immer neuen Behörden und Vorschriften in die Privatwirtschaft einmischt;
- für den Abschluss von Freihandelsabkommen mit möglichst vielen Staaten auf der Welt, auch mit dem Ziel, die Abhängigkeit der Unternehmen vom EU-Wirtschaftsraum zu verringern;
- gegen die Unterwerfung der Schweiz unter internationale Organisationen, wie namentlich die EU, und ausländische Gerichte, weil so immer mehr sozialstaatliche Anliegen in unsere freiheitliche Ordnung eindringen, statt

dass die Schweiz ihren Vorteil als unabhängiger, neutraler Kleinstaat selbstbewusst nutzt;

- für Föderalismus und gegen Zentralisierung, weil in überschaubaren Verhältnissen Probleme besser gelöst und Missbrauch und Fehlentwicklungen schneller aufgedeckt werden und weil der Wettbewerb zwischen Gemeinden bzw. zwischen Kantonen bessere Lösungen hervorbringt als eine zentrale Verwaltung;
- für Solidarität mit denen, die unverschuldet und trotz eigener Anstrengung in einer Notlage sind, aber gegen eine Sozialpolitik, die ein Leben „vom Staat“ attraktiv macht;
- für eine kontrollierte Zuwanderung in die Schweiz und die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative – soweit möglich unter Beibehaltung der Bilateralen I –, weil ein freier Personenverkehr zwischen Staaten mit allzu unterschiedlichen Wohlstandsniveaus wirtschaftspolitisch schlecht ist und weil zuerst das Arbeitnehmerpotenzial in der Schweiz genutzt werden muss, bevor immer noch mehr Menschen in die Schweiz kommen;
- für die konsequente Umsetzung der Ausschaffungsinitiative, weil sie dem einfachen, einleuchtenden Prinzip folgt: Wer in die Schweiz kommt und sich nicht an unsere Regeln hält, muss wieder gehen.